

# Folien zum Vortrag

## Haushaltsnahe Dienstleistungen: Ungedeckte Bedarfe?

beim Workshop "Schwarzarbeit in der Pflege"  
des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau  
am 30. Juni 2006 in Frankfurt

**Dr. Claudia Weinkopf**

Institut Arbeit und Technik  
Wissenschaftszentrum NRW

### **Gliederung**

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen für Ältere: Bedarf, Marktsituation, Inanspruchnahme**
- **Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage**
- **Möglichkeiten und Grenzen der Zurückdrängung von Schwarzarbeit + Ersatz durch reguläre Beschäftigung**
- **Ausblick**

### Recht hoher Bedarf...

#### ■ Welche Dienste sollten schnell und problemlos für Sie verfügbar sein?

⇒ Pflegedienste	34 %
⇒ Putz- und Haushaltshilfen	34 %
⇒ Mahlzeitendienste	24 %
⇒ Einkaufsdienste	24 %
⇒ Begleitung zum Arzt/Behörden	23 %
⇒ Fahrdienste	21 %
⇒ Garten/Winterdienst/Treppenhaus	19 %

Bei 70- bis  
79-Jährigen  
jeweils  
leicht  
höhere  
Werte

Quelle: GfK-Befragung von über 50-Jährigen 2002

### ... aber eher niedrige Zahlungsbereitschaft

- Anteile derjenigen, die Bedarf an Dienstleistungen signalisiert hatten, nach Zahlungsbereitschaft pro Monat

⇒ unter 50 Euro:	23 %
⇒ <b>50 bis unter 125 Euro:</b>	<b>39 %</b>
⇒ 125 bis unter 250 Euro:	19 %
⇒ 250 bis unter 350 Euro:	4 %
⇒ 350 bis 500 Euro:	2 %
⇒ 500 Euro und mehr:	2 %
⇒ <i>keine Angabe:</i>	<i>12 %</i>

Zahlungsbereitschaft  
mehrheitlich < 125 Euro

Quelle: GfK-Befragung von über 50-Jährigen 2002

### Tatsächliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen (1)

#### Haushaltshilfen (gemäß SOEP-Auswertungen 2002 und 2004)

- insgesamt rund **3,6 Millionen Haushalte** mit Haushaltshilfe
  - ⇒ davon **69%** Haushalte mit mind. 1 Person über 55 Jahre
    - Anteil der Haushalte mit Haushaltshilfe in dieser Kategorie: **14,1%** - davon 8,5% regelmäßig
  - ⇒ deutlich höherer Anteil bei Haushalten mit Pflegebedürftigen: **30,5%** mit Haushaltshilfe - davon 22% regelmäßig

gleichzeitig jedoch nur **117.000 angemeldete Minijobs**  
in Privathaushalten (Ende 2005)

### Tatsächliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen (2)

#### Pflege (Schupp/Künemund 2004)

- insgesamt rund **1,4 Millionen Pflegebedürftige** mit Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung, die in Privathaushalten leben (Ende 2002)
  - ⇒ **435.000** (31%) nutzten ambulante Pflegedienste
- Private Pflegeleistungen werden zu **60%** von **Personen erbracht, die selbst über 55 Jahre sind**
  - 33% sogar über 65 Jahre

### Zwischenfazit

- Der grundsätzliche Bedarf an Unterstützung ist groß und wird mit der steigenden Zahl Älterer weiter wachsen
- Bedarf ist aber nicht automatisch gleich Nachfrage!
- Mögliche Hemmnisse
  - ⇒ private Alternativen (z.B. Hilfe durch Angehörige)
  - ⇒ Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsbereitschaft
  - ⇒ zu wenige oder zu wenig passgenaue Angebote + mentale Vorbehalte (mangelnde „Dienstleistungskultur“)

## Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (1)

### Private Alternativen gehen tendenziell zurück

#### ■ Ursachen u.a.

- ⇒ Zunahme der Hilfebedürftigen
- ⇒ steigende Frauenerwerbsbeteiligung
- ⇒ wachsende Mobilitätsanforderungen
- ⇒ veränderte Familienstrukturen

#### ■ Bereits heute hohe Belastung der Angehörigen

- ⇒ 86% der Betroffenen geben an, stark oder sehr stark belastet zu sein (Schulz/Leidl 2001)

## Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (2)

### Kosten

- bei Zahlungsfähigen muss Einstellung überwunden werden, i.d.R. nur in Anspruch zu nehmen, was die Pflegeversicherung bezahlt
  - ⇒ höhere Zahlungsbereitschaft erschließen
- bei Einkommensschwachen stellt sich die Frage, wie deren Bedarf gedeckt werden kann
  - ⇒ Pflegeversicherung? Kommunale Angebote? ...
  - ⇒ *Kostengünstige Alternativen zum Schwarzmarkt schaffen?*

## Ansatzpunkte zur Erschließung zusätzlicher Nachfrage (3)

### Ausweitung der Angebote + „Passgenauigkeit“

- Bedarfs- und Zielgruppenorientierung
- Qualität und Zuverlässigkeit
- Feste verlässliche und motivierte Bezugspersonen
- Angebote aus einer Hand: „Dienstleistungspakete“
  - ⇒ Ggf. durch Kooperation mehrerer Anbieter
  - ⇒ Beratungsstellen / Serviceeinrichtungen / Agenturen
  - ⇒ Einbindung bereits bekannter Unternehmen / Einrichtungen

## Zurückdrängung der Schwarzarbeit? (1)

### Bei haushaltsnahen Dienstleistungen

- **professionelle legale Angebote** (Dienstleistungsagenturen)
- **vereinfachte Anmeldung + Abwicklung** (Minijob-Zentrale)
- **reduzierte Abgaben + steuerliche Förderung**
- **Problem:** Die vorhandenen Instrumente wirken nur begrenzt, was auch mit dem Arbeitsangebot zu tun hat
  - ⇒ kein Interesse oder keine Möglichkeit für legale Beschäftigung

## Zurückdrängung der Schwarzarbeit? (2)

### Bei „Haushaltshilfen“ in Pflegehaushalten

#### ■ Vorteile für Arbeitgeber

- ⇒ Arbeit zu **niedrigem Lohn**
- ⇒ vielfach „**24-Stunden-Präsenz**“ (Leben im Pflegehaushalt) - mitunter ohne Freizeit + Urlaub
- ⇒ hohe Abhängigkeit der Beschäftigten wg. des ungesicherten Status oder Angst vor Verlust der Arbeitserlaubnis
- ⇒ oft qualifizierte Kräfte (Sozialkompetenz)

## Zurückdrängung der Schwarzarbeit? (3)

- **Möglichkeiten zur legalen Anstellung von osteuropäischen „Haushaltshilfen“ bestehen bereits** (Vermittlung durch die ZAV)
  - ⇒ Bruttolohn zwischen **967** und **1.177 Euro** pro Monat (plus Sozialversicherung)
  - ⇒ ggf. abzüglich Unterhalt und Verpflegung (max. 365,37 Euro in Westdeutschland)
  - ⇒ keine Kontrolle von Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit
- **Probleme**
  - ⇒ Trotz günstiger Kosten geringe Inanspruchnahme (bis Ende Juni 2006: 600 Fälle)
  - ⇒ kaum Vorteile für Beschäftigte (!) (Schmidt 2006)

## Ersatz durch reguläre Beschäftigung? (1)

- **Stundenlöhne von osteuropäischen „Haushaltshilfen“**  
(legal durch ZAV vermittelt)
  - ⇒ bei regulärer Arbeitszeit (169 Stunden pro Woche): **5,70** bis **7 Euro**
    - bei max. Abzug für Unterkunft und Verpflegung: **4,76** bis **6,26 Euro**
  - ⇒ bei Rund-um-die Uhr-Verfügbarkeit: **1,34** bis **1,63 Euro**
- **Stundenlöhne sind nicht das entscheidende Hemmnis**
  - ⇒ Löhne unter 7 Euro sind in Deutschland weit verbreitet
- **sondern die Arbeitszeiten und das Leben im Pflegehaushalt**
  - ⇒ sowie vermutlich auch die Anforderungen an Qualifikation und Sozialkompetenz

## Ersatz durch reguläre Beschäftigung? (2)

- Ersatz durch „bezahlbare“ legale Alternativen schwierig -
  - ⇒ solange „Ausbeutungsverhältnisse“ bei osteuropäischen Kräften ignoriert bzw. toleriert werden
- wichtiger Ansatzpunkt für mehr legale Beschäftigung:
  - ⇒ besserer Schutz legaler und illegaler osteuropäischer Arbeitskräfte - z.B.
    - Netzwerke
    - Beratungsstellen
    - Mindeststandards (Arbeitszeit!)
    - gesicherter Aufenthaltsstatus bei legaler Vermittlung

## Ersatz durch reguläre Beschäftigung? (3)

### Weitere Ansatzpunkte

- **breiteres Angebot von Unterstützungsleistungen für Angehörige**
  - ⇒ Entlastung, Dienstleistungen, Beratung
- **mehr und differenziertere Angebote zwischen „ambulant“ und „stationär“**
- **Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen für Ältere**
  - ⇒ kleinere Einheiten - z.B. betreute Wohngemeinschaften oder „Pflegehäuser“

### Ausblick

- „Eins-zu-eins“-Betreuung und -Pflege lässt sich kaum legal und bezahlbar organisieren...
- ... und wird mit der zunehmenden Zahl Älterer künftig noch seltener machbar sein (personell und finanziell)
- Daher muss schnellstens angefangen werden, attraktive Alternativen zu entwickeln und auszubauen und sie „positiv zu besetzen“
  - ⇒ so lange wie möglich (alleine) zuhause bleiben, bedeutet oft auch Einsamkeit...